



# HESSISCHER LANDTAG

## Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten), Moritz Promny (Freie Demokraten)

### Stellungnahme der Landesregierung zu den Aussagen der Hessischen CDU-Generalsekretärin bezüglich der Migrationspolitik, Grenzkontrollen und Einbürgerung

#### Vorbemerkung:

In Bezug auf die kürzlich getätigten öffentlichen Aussagen von Anna-Maria Bischof, Generalsekretärin der CDU Hessen, veröffentlicht in der BILD am 17. Oktober 2024 (<https://www.bild.de/politik/inland/cdu-generalsekretaerin-politik-der-offenen-grenzen-das-war-ein-fehler-6707ce6f1c37d93523670608>), möchten wir die Landesregierung um Stellungnahme bitten, ob die folgenden Aussagen und Positionen aus der regierungstragenden Partei auch ihren eigenen entsprechen. Kürzlich wurde eine Antidiskriminierungsbeauftragte von der Landesregierung eingesetzt, obwohl dies nicht Teil des Koalitionsvertrags war. Dies zeigt, dass die Landesregierung offenbar ein besonderes Interesse an der Thematik hat. Daher sollte es ihr nicht gleichgültig sein, wenn eine bestimmte Gruppe von Menschen pauschal kategorisiert wird. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, dass sich die Antidiskriminierungsbeauftragte zu dieser Thematik und den getätigten Aussagen positioniert.

#### Wir fragen die Landesregierung:

1. Die Politik der offenen Grenzen ab 2015/2016 unter Kanzlerin Angela Merkel sei ein Fehler gewesen. Hält die Landesregierung diese Politik ebenfalls für falsch und teilt sie die Einschätzung, dass die Kommunikation damals hätte klarer sein müssen, dass Deutschland keine uneingeschränkten offenen Grenzen für Einwanderung hat?
2. Es wird behauptet, dass die aktuellen Grenzkontrollen, die von der Ampel-Regierung und Bundesinnenministerin Faeser als Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen bezeichnet werden, in Wahrheit nur eine "Schleierfahndungs-Show" seien. Teilt die Landesregierung diese Einschätzung, dass die Grenzkontrollen keine tatsächliche Wirkung entfalten und damit sinnlos sind?
3. Welche Erklärung hat die Landesregierung für die schon deutlich gesunkenen Asylantragszahlen in Deutschland in 2024 unter der aktuellen Bundesregierung?
4. Frau Bischof bezeichnet es als "dramatisch", dass eine ganze "Talahon-Generation" eingebürgert werde, ohne ausreichende Integrationsanforderungen. Sie stellt in Frage, ob das Beherrschen einiger deutscher Sätze und Multiple-Choice-Tests ausreichen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Teilt die Landesregierung diese Bedenken hinsichtlich der aktuellen Integrationsanforderungen in Hessen bei der Einbürgerung?
5. Warum bürgert die Landesregierung „eine ganze Talahon-Generation“ ein?
6. Wie gedenkt die Landesregierung mit dieser „einen ganzen Talahon-Generation“ umzugehen?
7. Bürgert die Landesregierung Menschen entgegen des verschärften Bundesrechtes ein, die das Grundgesetz ablehnen, das Existenzrecht Israel negieren oder nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen können?
8. Es wurde auch geäußert, dass die ineffektive Migrations- und Grenzpolitik dazu führe, dass sich einige Menschen weiter radikalisieren. Teilt die Landesregierung diese Wechselwirkung, und

- wenn ja, welche Maßnahmen hält sie für notwendig, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken?
9. Frau Bischof argumentiert, dass die Regulierung von Migration immer Hand in Hand mit einer Reformation unseres Sozialstaates gehe und wir erleben einen ausufernden, brandbeschleunigenden Sozialstaat. Welche Reformation des Sozialstaates plant die Landesregierung angesichts der Brandbeschleunigung und der Handlungsnotwendigkeiten bei der Migration?
  10. Wie verhält sich die Antidiskriminierungsstelle und -beauftragte Hessens zu den pauschalen, diskriminierenden Äußerungen?

**Wiesbaden, den 21.10.2024**



**Yanki Pürsün**



**Moritz Promny**